

NETZWERKE IM STAATSSOZIALISMUS

Workshop des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam

Die sozialwissenschaftliche Erforschung der zentral- und osteuropäischen Staatssozialismen hat nichts von ihrem nun schon mehr als ein Jahrzehnt andauernden Schwung verloren und arbeitet intensiv an der Verfeinerung ihres begrifflichen Instrumentariums. Diesen Sachverhalt dokumentierte ein Workshop über „Netzwerke betrieblicher und lokaler Eliten in der DDR als Institutionen der Stabilisierung und des Ausgleichs zentralwirtschaftlicher Defizite?“, der am 6. Juni 2005 im Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung stattfand. Über die DDR hinaus bezog die Tagung Polen und die Tschechoslowakei ein, wie es dem Engagement des Potsdamer Zentrums in der vergleichenden historischen Kommunismusforschung entspricht. Mit dem Workshop wurde ein Forschungsprojekt über „Netzwerke lokaler Eliten in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren“ zur Diskussion gestellt, das Annette Schuhmann, Mitarbeiterin des Potsdamer Zentrums und Organisatorin des Workshops, konzipiert hat. Im Rahmen dieses Forschungsprojekts – erste Ergebnisse wurden bereits im Verlaufe des Workshops vorgelegt – sollen lokale Kooperationsbeziehungen untersucht werden, mit deren Hilfe unter den Bedingungen zentralstaatlicher Planwirtschaft ein „Ressourcenhandel“ außerhalb der zentralisierten Planung organisiert wurde, um soziale Probleme in Betrieben und Wohnorten zu lösen. Es geht um die Beantwortung der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Regulierung von Verteilungskonflikten zwischen Betrieb und kommunalem Umfeld. In den Netzwerk-Strukturen, die sich bei der Lösung solcher Konflikte herausbilden konnten, bestimmten nicht die Partei bzw. einzelne ihrer Repräsentanten die Handlungsräume und Vorgehensweisen, sondern ein sich wandelndes Netz lokaler Akteure mit divergierenden Interessenlagen.

Eingeleitet wurde die Tagung durch drei Grundsatzreferate von Annette Schuhmann, Peter Hübner (Potsdam) und Arnd Bauerkämper (Berlin), die sich mit den methodisch-konzeptionellen Aspekten des Themas befassten und den forschungsgeschichtlichen Hintergrund darlegten: Die (derzeit boomenden) Netz-

werk-Analysen von Wirtschaftswissenschaftlern, Unternehmenshistorikern und Soziologen untersuchen externe Netzwerke als Bedingungsfaktoren für Effizienz und Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Branchen, da Unternehmen nach außen nicht nur über Märkte, sondern auch über ein vielfältiges Spektrum kooperativer Arrangements agieren. Das Augenmerk wird dabei vorerst aber fast ausschließlich auf marktstrukturierte Gesellschaften gerichtet.

An die einführenden Referate schlossen sich drei Fallstudien zu Netzwerken betrieblicher und lokaler Eliten in der DDR an. Jeanette Madarasz (Berlin) berichtete über Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen in den sechziger Jahren und untersuchte dabei, in welchem Maße dieser Wandel auf zentrale Vorgaben oder auf betriebliche Eigeninitiative in Form von informellen Arrangements zurückzuführen war. Georg Wagner Kyora (Hannover) referierte über Netzwerkbildungen unter Chemikern und Ingenieuren der Leuna- und Bunaerwerke in den siebziger und achtziger Jahren. Annette Wilczek (Mannheim) analysierte die informelle Zusammenarbeit zwischen Industriebetrieben und lokaler Verwaltung im Bereich der Wohnungsversorgung zu Beginn der siebziger Jahre. Für Polen in der Gierék-Ära zeigte Małgorzata Mazurek (Warschau), wie die in reichem Maße vorhandenen Netzwerke betrieblicher und lokaler Eliten in verschiedenen politischen Situationen zu funktionieren pflegten und welche Probleme sie bearbeiteten. Frau Mazurek betonte, dass diese informellen Strukturen aus dem offiziellen Diskurs keineswegs herausfielen, sondern als selbstverständlicher Teil der Realität des polnischen Staatssozialismus behandelt wurden. Peter Heumos (Moosburg) erläuterte abschließend an drei Beispielen (informelle Beziehungen zwischen Ministerialbürokratie und Hüttenindustrie im Rahmen der Rohstoffversorgung; Planerfüllungspakt zwischen Arbeitern und Betriebsleitungen; das „Dreiecksnetz“ aus Betriebsärzten, Landärzten und Industriearbeitern) sekundäre Machtverhältnisse im industriellen Sektor der Tschechoslowakei zwischen 1945 und 1968.

Zieht man ein Fazit der gesamten Tagungsdiskussion, ist hervorzuheben, dass der Netzwerk-Ansatz für staatssozialistische Gesellschaften überwiegend als sehr ergiebig angesehen wurde. Gewisse Bedenken, ob im Rahmen des Forschungsprojekts Quellen in ausreichender Menge erschlossen werden könnten, da Netzwerke im Prinzip als systemwidrig galten und ihre Existenz daher vielfach nicht aktenkundig ist, traten im Verlauf des Workshops in den Hintergrund. Neben Polen wurde auch für die Tschechoslowakei geltend gemacht, die Sprachregelungen *ex officio* seien dort nie so rigide gewesen, dass sie die Thematisierung von Devianz selbst in hoch-offiziellen Quellen ausschlossen.

Eine im Grundsätzlichen kontroverse Position vertrat in der Diskussion André Steiner (Potsdam), der die Netzwerk-Problematik den (neuerdings wieder aufgenommenen) Debatten über *embedded economies*, das heißt über normenintegrierte Ökonomien, zuordnete und von daher bezweifelte, ob das Netzwerk-Konzept den Status eines eigenständigen theoretischen Ansatzes besitzt. Aus der Perspektive der tschechoslowakischen Verhältnisse wurde festgestellt, man könne sich im Blick auf betriebliche Netzwerkbildungen durchaus darüber streiten, ob eben diese Netzwerkbildung oder das damit verbundene Aufbrechen der hierarchischen Differenzierung betrieblicher Machtstrukturen der eigentlich interessante und analytisch

weiterführende Gesichtspunkt sei. In tschechoslowakischen Betrieben sei beides nicht immer Hand in Hand gegangen: Die Export-Abteilung der Pilsener Škoda-Werke habe beispielsweise in den fünfziger Jahren – vergleichbar mit den späteren Entwicklungen in den Buna- und Leunawerken in der DDR – aufgrund ihrer Erfolge stärkeren Einfluss auf die gesamte betriebliche Organisation beansprucht, der unter den gegebenen Bedingungen nur zu Lasten des Primats hierarchischer Differenzierung gehen konnte. Andererseits lassen sich in diesem Fall keine ausgeprägten Netzwerk-Verhältnisse erkennen.

Weitgehend einig waren sich die Teilnehmer des Workshops darin, dass bei der Untersuchung von Netzwerken fortwirkende oder (unter noch zu klärenden sozialen Bedingungen) wiederhergestellte Gruppen- und Berufs-Identitäten wie auch korporative Traditionen ins Auge gefasst werden sollten. Gewisse Formen elitärer Absonderung von Netzwerken im Leitungspersonal von Industriebetrieben (beispielsweise in den Buna- und Leunawerken) lassen sich offenbar am besten vor dem Hintergrund „bürgerlicher“ Verhaltensweisen entziffern, wie ein Referent anmerkte. Im Zusammenhang mit solchen hier und da zu beobachtenden elitistischen Tendenzen wird daher im Rahmen des Forschungsprojekts stets deutlich gemacht werden müssen, in welchem Maße die kompensatorischen Leistungen der Netzwerke sozial relevante Defizite der zentralen Planwirtschaft betrafen oder ob sich diese Initiativen – Anette Schuhmann führte dazu ein Beispiel an – auf Prestigeobjekte richteten, die Interessen anderer Art befriedigten.

Die auf dem Workshop vorherrschende positive Beurteilung des Netzwerk-Ansatzes lässt sich auch daran ablesen, dass sich alle Referenten unausgesprochen vom Konzept des „kommunistischen Neo-Traditionalismus“ absetzten, das – wie in erster Linie aus Untersuchungen zu den staatssozialistischen Gesellschaften Chinas, der Sowjetunion und auch der DDR hervorgeht – Netzwerke als bloß instrumentelle Form der Vergesellschaftung begriff und den Aspekt von Korruption herausstreicht. Wenn man diesem Erklärungsmuster nicht folgen will, gewinnt die in der Tagungsdiskussion nur am Rande berührte Frage Gewicht, ob und in welchem Ausmaß die realsozialistischen Netzwerke eine Ressource für die nachkommunistische Transformation zu einer Marktgesellschaft bildeten. Es ist zu erwarten, dass das Potsdamer Forschungsprojekt über staatssozialistische Netzwerke auch darauf eine fundierte Antwort geben wird.